

## **Chancengleichheit garantieren – Gleichwertige Unterstützung der beruflichen Bildung**

Immer mehr Auszubildende im dualen System werden in Landes-, Landesbezirks- oder Bundesfachklassen unterrichtet. Gleichzeitig ist von jungen Menschen zunehmend Mobilität bzw. ein Wohnortwechsel gefordert, um einen Ausbildungsplatz in Anspruch nehmen zu können. Hier entstehen für die Auszubildenden Mehraufwendungen für Unterbringung und Reisekosten. Jugendliche in solchen Ausbildungsverhältnissen sind laut Urteil des Verfassungsgerichtshofs vom 15.04.1987 aber von unvermeidbaren Mehrkosten angemessen zu befreien, um den Gleichheitsgrundsatz zu wahren.

Das Land Baden-Württemberg unterstützt Jugendliche im Rahmen der dualen Berufsausbildung in Landes-, Bezirks- oder Bundesfachklassen finanziell mit 6,- € pro Tag. Zudem erhalten Jugendwohnheime einen Kostenzuschuss für sogenannte Leertage, z. B. am Wochenende. Mit Wirkung zum Schuljahr 2009/2010 halbierte das Land Baden-Württemberg die Leertagezuschüsse für Auszubildende mit Blockunterricht, die in Schülerwohnheimen, soweit sie bereits eingerichtet sind, übernachten. Die Internatskostenzuschüsse für Lehrlinge wurden zuletzt im Jahr 2006 auf 6 € pro Tag gekürzt.

Die Mehrkosten für Ausbildungsverhältnisse mit wohnort- oder betriebsfernen Lernorten – sei es Schule, Betrieb oder Überbetriebliche Ausbildungsstätte – müssen in steigendem Maße von den Auszubildenden selbst getragen werden. So findet in Berufen mit einer geringen Zahl an Lehrlingen der Berufsschulunterricht in der Regel in Landes- oder Bundesfachklassen in Blockform mit ca. 12 Wochen (60 Tagen) pro Ausbildungsjahr statt. Für diese Zeit ist, anders als bei wohnortnaher Beschulung, eine externe Unterbringung der Auszubildenden erforderlich. Neben Fahrt- entstehen insbesondere Unterbringungskosten. Bei durchschnittlich 25,00 €/Tag belaufen sich diese auf 1.500 € je Ausbildungsjahr und damit bis zu 4.000 – 6.000 € im Laufe der Ausbildung.

Dies stellt eine ausgesprochene finanzielle Belastung für die Auszubildenden bzw. deren Eltern dar und erweist sich zunehmend als Ausbildungshemmnis, Benachteiligung bestimmter Lehrlinge bzw. Berufe und macht eine duale Ausbildung insgesamt unattraktiv. Denn gleichzeitig kumuliert eine zunehmende Zahl an Programmen und Initiativen zur Förderung und Stärkung des MINT-Bereichs (Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Technik) sowie zur Steigerung des Akademikeranteils in der Gesellschaft. Diese sind in großen Teilen ausdrückliche politische Zielsetzung und auch mit entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet, z. B. Erhöhung des Studierenden-BaföGs, Technikum, MINT-Absolventen-Programm des Landes Baden-Württemberg und dergleichen mehr.

Das Baden-Württembergische Handwerk sieht diese ungleiche Entwicklung mit großer Sorge. Vielmehr muss es politischer Wille sein, die berufliche Bildung als Standortgarant und Wettbewerbsfaktor klar zu stärken:

- Es darf nicht sein, dass Auszubildende mit auswärtiger Unterbringung gegenüber wohnortnah beschulten Jugendlichen benachteiligt werden.
- Die Zahl der Ausbildungsverhältnisse mit wohnort- oder betriebsfernen Lernorten wird aufgrund der demografischen Entwicklung weiter zunehmen. Eine Benachteiligung von Lehrlingen in geringer besetzten Berufen wäre fatal für die Fachkräftesicherung.

- Landes-, Landesbezirks- oder Bundesfachklassen sind ein Garant für eine hochwertige Ausbildung und müssen auch künftig angeboten werden. Kostengünstige organisatorische Lösungen sind hierbei zu prüfen, wie beispielsweise gemeinsame Unterrichtseinheiten im ersten Lehrjahr in ähnlich gelagerten Berufen.
- Die Unterstützung von Reise- und Unterkunftskosten bei Ausbildungsverhältnissen mit wohnort- bzw. betriebsfernen Lernorten sollte statt einer zunehmenden Kürzung vielmehr – analog zum Ba-föG – an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst werden.
- Die Berufliche Bildung gerät mit solchen Kürzungen einmal mehr in die Schieflage: Studienfördernde Maßnahmen – insbesondere im MINT-Bereich – werden in der jüngsten Vergangenheit verstärkt aufgenommen, während im Bereich der in der Fachkräftesicherung führenden dualen Ausbildung mit Kürzungsmaßnahmen weitere Einschnitte erfolgen.
- Die Politik muss eine angemessene Förderung und Wertschätzung aller Qualifizierungswege des Fachkräftenachwuchses sichern und umsetzen. - Trotz Interventionen von unterschiedlichen Seiten auf Landes- und Bundesebene scheint hier bislang weder Abhilfe noch Bestreben erkennbar.

Der Politik muss bewusst sein, dass eine Benachteiligung und damit mangelnde Attraktivität der beruflichen Ausbildung den Mangel an Fachkräften massiv verstärkt und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Handwerks im Besonderen deutlich schwächt.

Das Baden-Württembergische Handwerk fordert eine klare Positionierung der Politik auf Landes- und Bundesebene zugunsten der beruflichen Bildung, des Erhalts der beruflichen Vielfalt wie auch der Gleichbehandlung der Lehrlinge. Es ist geboten, die Attraktivität der dualen Ausbildung und zu stärken die Chancengleichheit unterschiedlicher Ausbildungswege gleichermaßen zu gewährleisten.

Chancengleichheit meint hier zum einen den Ausgleich der Mehrbelastung der Auszubildenden innerhalb der dualen Ausbildung. Zum anderen bezieht sich Chancengleichheit auf die gleichwertige Stellung und Förderung von beruflicher und akademischer Bildung.

Angesichts der seit längerem anhaltenden ungleichen Entwicklung mahnt das Baden-Württembergische Handwerk eine zügige Neubewertung der bildungspolitischen Ausrichtung sowie konkrete Umsetzungsschritte der Politik an!